

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1914

30.4.1914 (No. 117)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 117

Donnerstag, den 30. April 1914

157. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprech-
anschluß Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet. 3 M 67 P.
Einrückungsgebühr: die 6mal gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

**Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung,
Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden“,
für die Monate**

Mai und Juni

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewogen gefunden, den Oberbriefführer Andreas Weber in Freiburg und Konstantin Kriester in Krotzingen die untätigste nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihnen verliehenen Königlich Preussischen Allgemeinen Ehrenzeichens in Silber zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit Allerhöchster Staatsministerialentscheidung vom 14. März 1914 auf die der Fernabsetzung unterliegende katholische Pfarrei Todtnauberg, Dekanats Wiesental, den Pfarrverweser Otto Fischer in Todtnauberg gnädigt zu delegieren geruht. Derselbe ist am 13. April 1914 kirchlich eingesetzt worden.

Vom Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen ist unterm 3. April 1914 Gerichtsassessor Karl Giermann aus Laubersbichsheim als Rechtsanwalt beim Landgericht Mannheim mit dem Wohnsitz in Mannheim zugelassen worden.

Gestorben:

am 6. April d. J.: Reinhard, Friedrich, katholischer Pfarrer in Weiher, Dekanats St. Leon.

Die Vorbereitung zum höheren öffentlichen Dienst im Ingenieurbaufach betr.

Im Einverständnis mit dem Großh. Ministerium der Finanzen sind auf Grund des § 3 Abs. 2 der landesherrlichen Verordnung vom 26. Juni 1906, die Vorbereitung zum höheren öffentlichen Dienst im Ingenieurbaufach betr., nachgenannte Diplomingenieure als Ingenieurpraktikanten aufgenommen worden:

1. Emil Knapp von Ziegelhausen,
2. Alfred Mühler von Karlsruhe,
3. Oskar Kiegler von Mannheim.

Karlsruhe, den 27. April 1914.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Pfisterer.

Jung.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 29. April.

*** Rückblicke auf die internationale Politik.**
Der Streit zwischen Amerika und Mexiko.

Von dem durch Amerika angekündigten Gewaltmaßregeln ist die Besetzung von Veracruz und die Beschlagnahme des dortigen Zollhauses durchgeführt worden. Die Besetzung des Zollhauses wurde von den mexikanischen Truppen zunächst nicht gehindert, dann aber eröffneten sie ein unregelmäßiges Feuer. Dadurch wurde der Aufruf, den der amerikanische Konteradmiral Fletcher an die Einwohner gerichtet hatte, hinfällig. Die Einwohner waren darin aufgefordert worden, mit dem Admirale zugunsten der Menschlichkeit an der Wiederherstellung der Ordnung zu arbeiten; sie könnten ihre städtische Verwaltung beibehalten; die Vereinigten Staaten würden nur das Zollamt besetzt halten und Patrouillen durch die Stadt schicken. Die Amerikaner sahen sich genötigt, die Angreifer im Kampfe zu überwältigen, und wurden so Herren der Stadt. Das geschah am 21. und 22. April.

Die Gewaltmaßregeln entsprachen nicht den bekannten Bemühungen der Vereinigten Staaten, Schiedsge-

richtsverträge mit anderen Ländern zu schließen, denn es war keinerlei Bemühung vorausgegangen, den amerikanischen-mexikanischen Streit über den Flaggengruß in Tampico einer schiedsgerichtlichen Erledigung zuzuführen. Der Präsident Wilson suchte die Folgerichtigkeit nach Möglichkeit zu wahren, indem er weder einen Kriegszustand noch überhaupt einen Streitfall mit dem mexikanischen Volke, sondern nur eine Differenz mit einer einzelnen Person, dem von ihm nicht anerkannten Präsidenten Guerta, als vorhanden ansah.

Die Freunde des Haager Schiedsgerichts sahen in Wilson bisher einen tatkräftigen Förderer ihrer Bestrebungen. Gerade in den unruhigen Apriltagen versammelte sich, nach einer Zeitungsmeldung im Ministerium des Auswärtigen zu Paris die interministerielle Kommission zur Vorbereitung der dritten Haager Friedenskonferenz. Auch für die 19. interparlamentarische Konferenz, die im August in Stockholm stattfinden soll, wurden gerade vorbereitende Maßnahmen getroffen. Es schien wie so oft bei der Friedensbewegung ein tiefer Gegensatz zwischen Theorie und Praxis sich aufzutun zu sollen. Da boten die Regierungen der großen südamerikanischen Staaten Nordamerika ihre guten Dienste für eine friedliche und freundliche Beilegung des Streitfalles an und Präsident Wilson nahm in einer motivierten Erklärung das Anerbieten an. Später folgte das Ja Guertas. Damit hat zunächst der Gedanke der friedlichen Verständigung gesiegt, wenn auch die Verhandlungen, die sowohl mit Guerta als auch mit den mexikanischen Aufständischen zu führen sind, große Schwierigkeiten bieten.

Das Deutsche Reich und der Streitfall.

Den Vereinigten Staaten ist von England und dem Deutschen Reich empfohlen worden, auf das Vermittlungsangebot der südamerikanischen Regierungen einzugehen. Es ist möglich, daß auch die anderen Großmächte im gleichen Sinne eingewirkt haben. Auch dem Präsidenten Guerta wurde von deutscher Seite die Annahme des Anerbietens nahe gelegt. — In Tampico gelang es dem Kapitän des deutschen Kreuzers „Dresden“, ohne Anwendung von Gewalt amerikanische Frauen und Kinder vor den Angriffen einer mexikanischen Volksmasse zu schützen und in Sicherheit zu bringen. — Eine Pressemeldung besagt, der deutsche Gesandte in Mexiko, v. Hinke, habe im Gegensatz zu anderen Gesandten die Auslieferung der im Besitze der Gesandtschaft befindlichen Waffen verweigert. Antlitzlich ist von diesem Vorfall nichts bekannt; richtig ist, daß die Deutschen sich unter Führung der Gesandtschaft auf die Verteidigung eingerichtet haben, woraus ihnen sicherlich kein Vorwurf zu machen ist. Bis vor kurzem war glücklicherweise die Tötung oder Gefangennahme eines Deutschen im Zusammenhang mit dem amerikanischen Einschreiten nicht zur Kenntnis der deutschen diplomatischen Vertretung gelangt. Aus der Hauptstadt Mexiko und aus anderen Orten sind Reichsdeutsche nach der Küste abgefahren.

Der englische Königsbesuch in Paris.

Der von französischer Seite vor dem Besuche des englischen Königspaares geäußerte Wunsch, das Einbernehmen zwischen Frankreich und England zu einem Bündnisse auszugestalten, ist von der englischen Presse abgelehnt worden. Diese Ablehnung dürfte nicht ein Manöver, sondern ernst gemeint sein. Die Bindung entspräche nicht der überlieferten englischen Politik. Es ist nicht ersichtlich, welchen realen Vorteil England aus dem Verzicht auf die freie Hand ziehen sollte. Die französische Öffentlichkeit hat sich dann auch zufrieden gegeben oder sich wenigstens eine Enttäuschung nicht anmerken lassen und man hat keinen Widerspruch gegen die Zurückhaltung, die in den Einkiprücken beobachtet wurde, erhoben. — Die Kammerwahlen in Frankreich lassen eine erhebliche Verschiebung der Parteifräfte noch nicht erkennen. Für die Anhänger der dreijährigen Dienstzeit wird ein Gewinn von einigen Sitzen berechnet; auf der anderen Seite verzeichnen die Vereinigten Sozialisten einen Parteierfolg. Im übrigen ist der Ausgang der ziemlich zahlreichen Stichwahlen abzuwarten.

Neue Schwierigkeiten in Uster.

Die unionistischen Usterleute haben sich nunmehr zweifellos Gesekwidrigkeiten zuschulden kommen lassen.

(Mit zwei Landtagsbeilagen.)

Durch Täuschung oder Zurückdrängung der Polizei und Küstenwache gelang es ihnen, an mehreren Punkten Irlands Waffen und Pulver zu landen, scheinbar auch schon unter die Freiwilligen zu verteilen. So sehr die Tat den Seemanns- und Abenteuertrieben des Engländers zusagen mag, ist es doch fraglich, ob sie der Sache der Unionisten nützen wird. Vor dem Gesetze sind sie, nachdem monatelang die Organisation der Erhebung im Rahmen der gesetzlichen Freiheiten erfolgt war, nunmehr im Unrechte. In beiden Häusern des Parlaments gaben Vertreter der Regierung zugleich als Vertreter der verletzten Beamtenmacht gemessene Erklärungen ab. Verteidiger der Usterleute meldeten sich nicht. Truppenbewegungen erfolgten nicht sofort. Der Unterschied gegen die Tage der Bewegung unter den englischen Offizieren in den irischen Regimentern besteht darin, daß jetzt der Erste Minister Asquith zugleich Kriegsminister ist.

Die Wahlen in Schweden.

Durch die schwedischen Wahlen haben die Liberalen 31 Sitze im Reichstage verloren, die Sozialdemokraten haben davon 9 und die Konservativen 22 gewonnen. Die Haltung in der Verteidigungsfrage ist den Liberalen zum Unheile ausgefallen. Da keine Partei in der Volksvertretung eine Mehrheit errungen hat, muß der Weg der Verständigung betreten werden. Man nimmt an, daß konservative und liberale Freunde der Landesverteidigung zur Verärkung der Wehrkraft des Landes sich einigen werden. Von großen liberalen Wählern wird bereits diese Einigung befürwortet. Es ist zunächst an der Regierung, die angekündigte Wehrvorlage einzubringen.

Staatssekretär von Jagow über die auswärtige Politik.

Im Verlauf der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags ging der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow in längerer, zum Teil vertraulichen Ausführungen auf eine Reihe von Fragen der auswärtigen Politik ein.

Zunächst äußerte er sich über die Beziehungen unter den Dreieundmächten, die dauernd in voller Herzlichkeit und Intimität mit einander arbeiten. In der Balkanfrage habe diese gemeinsame Arbeit sich durchaus bewährt. Er erwähnte dabei auf eine Frage des Referenten daß ein Mittelmeerabkommen unter den Mächten des Dreiebundes nicht abgeschlossen worden sei. Der Gegnerschaft, die von einigen Mitgliedern der ungarischen Unabhängigkeitspartei gegen den Dreiebund betätigt werde, könne er kein Gewicht beilegen. Es sei gar kein Zweifel, daß ganz Ungarn wie Österreich fest zum Dreiebund stehe. Darnach ging der Staatssekretär auf Erörterungen ein, die an die Entsendung der deutschen Militärmission nach Konstantinopel anknüpfen. Er erinnerte daran, daß die Anregung zur Entsendung der Mission bereits von dem verstorbenen türkischen Großvezir Mahmud Scheffet ausgegangen sei. Die Aufforderung an Deutschland, für die Reformarbeiten in der türkischen Armee Offiziere zur Verfügung zu stellen, war die beste Rechtfertigung nach den Angriffen, die während des Balkanrieges gegen den Wert deutscher Militärreformarbeit in der uns feindlichen Presse verbreitet worden waren. Um ein erfolgreiches Wirken der Mission zu sichern, sollte für sie Kommandogewalt in Anspruch genommen werden; und da sich die militärischen Bildungsanstalten in der Hauptstadt befinden, sollte die Mission dort ihren Sitz erhalten. Daraus entwickelte sich die Ernennung des Generals von Liman zum kommandierenden General des 1. Armeekorps in Konstantinopel. Dieses Kommando war von Anfang an nicht als dauernd gedacht; es sollte dem deutschen General zunächst nur die Möglichkeit eines gründlichen Einblickes in die türkischen Armeeverhältnisse bieten. Von russischer Seite sind nicht gegen die Mission an sich, sondern gegen das Kommando des 1. Korps, das einem deutschen Offizier nach russischer Meinung Gewalt über die türkische Hauptstadt gebe, Einwendungen erhoben worden. Es wurde darauf erwidert, daß die Verhandlungen bereits zu weit fortgeschritten seien, daß man aber an Ort und Stelle sehen werde, ob eine diesbezügliche Änderung eintreten könne. Vergiftet wurde die Frage durch eine heftige Pressekampagne, in der sich besonders die „Nowoje Wremja“ hervortat. Nachdem General von Liman etwa 4 Wochen lang sein Kommando geführt hatte, entsprach es nur seinem eigenen Wunsche, aus dieser Position heranzutreten. Dies geschah auf dem Wege, daß er in Abereinstimmung mit der türkischen Regierung zum General der Kavallerie befördert und im türkischen Heere zum Marschall ernannt wurde. Damit gab er das Kommando des 1. Korps ab und übt nun gewissermaßen die Funktionen eines Generalinspektors aus. Außer der Militärmission hat

eine Anzahl anderer Vorfälle zur Festbestimmung zwischen Deutschland und Rußland beigetragen. Der bekannte Artikel der „Kölnischen Zeitung“ hat, wie der Staatssekretär dabei ausdrücklich feststellt, keinerlei amtlichen Ursprung gehabt. Er habe den Artikel bedauert.

Es sei in der Presse verbreitet worden, daß der russische Minister des Äußern sich in der Dumakommission dahin geäußert habe, Deutschland hätte Rußland zurzeit der letzten Handelsvertragsverhandlungen in politische Schwierigkeiten verwickelt, um einen günstigen Handelsvertrag zu erzwingen. Der Minister hat derartige Äußerungen strikt in Abrede gestellt, und das Kommissionsprotokoll enthält keine solche Äußerungen. Weitere Erörterungen hat der Fall Woljatos hervorgezogen, in dem auf deutscher Seite ein Versehen, zwar keine Geschicklichkeit, aber eine zu langsame Behandlung der Sache vorgelegen habe. Die deutsche Regierung habe keinen Anstand genommen, der russischen Regierung ihre Bedauern auszusprechen. Anders liegt der Fall Berliner, auf den der Staatssekretär kurz einging. Ein auf den Überseer eines Gaitwirts zurückzuführender Mißgriff unerheblicher Art sei gegen einen russischen Unterthan in Breslau vorgekommen, der für einen Ewion gehalten wurde; er wurde auf die Anzeige hin von der Polizei lediglich erfaßt, sich zu legitimieren, und konnte nach kurzer Zeit das Polizeibureau wieder verlassen. In der Frage des Postpaketverkehrs nach Persien hat unser Protest in Petersburg Erfolg gehabt. Hinsichtlich der bevorstehenden Einführung von Mehl- und Getreidezöllen in Rußland gibt unser Handelsvertrag keine Handhabe zum Einspruch. Bei den finnischen Zöllen ließ sich vielleicht der Sinn, wenn auch kaum der Wortlaut des Vertrages geltend machen. Die deutschen Argumente sind in Petersburg zur Sprache gebracht worden. Rußland hat jedoch nach Prüfung derselben erwidert, daß es sich zur Einführung der Zölle für berechtigt halte. Der Staatssekretär teilte weiter mit, daß die Behauptungen, die russischen Behörden hätten ein Verbot erlassen, wonach seitens der Regierung künftig keine Lieferungen mehr nach Deutschland vergeben werden sollten, von der russischen Regierung bestimmt in Abrede gestellt werden. Zusammenfassend erklärte der Staatssekretär, daß die russische wie die deutsche Regierung die alten freundschaftlichen Beziehungen aufrecht erhalten wollen und daß zu hoffen ist, daß trotz einer nicht zu verkennenden Unterströmung und der vorgekommenen Auseinandersetzungen in Öffentlichkeit und Presse das alte Verhältnis aufrecht erhalten bleibe.

Hinsichtlich Albanien hoffe die deutsche Regierung, daß der Fürst seine Aufgabe mit Erfolg durchführen und daß Land und Volk prosperieren werden. Nach den Maßnahmen, die von der griechischen Regierung nach der Übergabe der Note der Mächte eingeleitet seien, bestehe Aussicht, daß auch der Aufstand in Epirus bald abflauen werde. Zur Organisation des Landes werde der albanischen Regierung eine Anleihe von 75 Millionen Franken garantiert werden. Ebenso übernehmen die Mächte die Garantie für eine Anleihe von 40 Millionen Franken für Montenegro. Hier wie dort würden sich die Mächte eine Kontrolle über die produktive Verwendung des Geldes sichern. Dem Reichstag werde darüber nach Abschluß der Verhandlungen eine Vorlage zugehen. Die Regelung der deutschen diplomatischen Vertretung in Albanien soll demnächst erfolgen, daß ein Generalkonsul zugleich als diplomatischer Agent ernannt wird.

Der Staatssekretär bemerkt dann noch, daß über die Cap-Cairofahrt keine Verhandlungen mit England schweben, und machte vertrauliche Angaben über den Stand der Verhandlungen über die asiatischen Interessen und über die armenischen Reformen. Der deutsch-türkische Handelsvertrag wird in diesen Tagen um ein Jahr verlängert werden. Die Veröffentlichung der viel erörterten Potsdamer Note des Königs von Griechenland sei mit Zustimmung beider Souveräne erfolgt. Die Ansprache habe lediglich militärischen Charakter gehabt und sei eine wertvolle Genugtuung nach den vielen Angriffen auf die deutsche Armee gewesen.

Der Konflikt zwischen Mexiko und der Union.

Nach Meldungen aus der Stadt Mexiko hat sich dort seit zwei Tagen eine freundlichere Haltung gegenüber den Ausländern bemerkbar gemacht. Dies wird teils darauf zurückgeführt, daß die Anhänger der Insurgenten bemüht sind, in der Stimmung des Publikums einen Wechsel herbeizuführen. Es wurden Flugblätter in Umlauf gesetzt, in denen das Volk ersucht wird, die Amerikaner zu schützen und in denen Huerta gebändert wurde, weil er die Landung der Amerikaner in Veracruz verursacht habe, und in denen das Volk aufgefordert wurde, an einem Umzuge zum Zeichen der Mißbilligung Huertas teilzunehmen. Der Umzug fand am Sonnabend statt mit der Erlaubnis Huertas. Hieraus wird geschlossen, daß Huertas Macht sinkt. In Veracruz angekommenen Flüchtlinge teilen mit, daß Huerta nach der Kundgebung sich in einer fremden Gesandtschaft versteckte, da er fürchtete, ermordet zu werden.

In Veracruz hat Konteradmiral Fletcher unter Kriegsrath die Landungs- und Ladeplätze der Terminal Company, einer britischen Gesellschaft, in Besitz genommen. Wie der Admiral erklärt, war diese Maßnahme notwendig, um normale Zustände wieder herzustellen. Die Gesellschaft habe eine über alles Maß hinausgehende Machtsumme gefordert. Der britische Konteradmiral Craddock, bei dem sich die Gesellschaft beschwerte, hat sie an das Auswärtige Amt in London verwiesen.

Weitere Drahtberichte besagen:

Washington, 28. April. Staatssekretär Bryan übermittelte dem deutschen Botschafter zunächst inoffiziell den Dank der amerikanischen Regierung für die freundschaftliche Haltung im Falle des Dampfers „Pyrianga“ und die energische Hilfeleistung des Kommandanten und der Mannschaft des deutschen Kreuzers „Dresden“ bei der Rettung der Amerikaner in Tampico. Bryan versicherte dem Grafen Bernstorff, es werde ihm noch ein offizielles Anerkennungs schreiben zugehen.

Washington, 28. April. (W. A.) Der spanische Botschafter Miano teilte dem Staatssekretär Bryan mit, das Huerta im Prinzip die Vermittelung bedingungslos angenommen habe.

Mexiko, 28. April. Die Annahme der guten Dienste der südamerikanischen Republik durch die mexikanische Regierung wird amtlich bestätigt.

Brownsville, 28. April. (Texas.) Bei der Einnahme der Stadt Monterrey hatten die mexikanischen Insurgenten 100 Tote und 200 Verwundete. Die Regierungstruppen verloren 300 Mann.

Reichstag.

Berlin, 28. April. Am Bundesratsitz befindet sich Ministerialdirektor Kirchner.

Präsident Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 5 Min. mit Worten der Begrüßung nach der Pause und Wünschen zur erfolgreichen Arbeit. Er macht darauf mehrere geschäftliche Mitteilungen, insbesondere über die inzwischen vollzogene Eröffnung der Reichstagskammer.

Zunächst stehen zur Debatte Petitionen, betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung des Impfgesetzes. Die Kommission beantragt Überweisung zur Berücksichtigung, die Konserwativen dagegen: die Petitionen, die sich auf die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung des Impfgesetzes beziehen, soweit sie die Sicherstellung des Rechtszustandes, Einführung der Gewissensklause, Entschädigung bei Impfschäden und Unterlassung der zwingenden Anwendung des Impfgesetzes betreffen, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung, im übrigen zur Empörung zu überweisen. Alle zu diesem Geleit vorgelegten Petitionen sollen durch die heutige Beschlusssatzung für erledigt erklärt werden.

Abg. Bod-Gotha (Soz.): Der Widerstand, den das Impfgesetz im Lande findet, ist erklärlich, da das Gesetz immer nur mit einer Mehrheit von zwei Stimmen angenommen wurde. Es hat sich herausgestellt, daß der durch die Impfung bewirkte Schutz nicht etwa auf Lebenszeit, sondern höchstens 10 Jahre Wirkung hat. Alle Gründe der Erfahrung sprechen nicht nur gegen den Impfwang, sondern gegen das Impfgesetz. Wir verlangen vor allen Dingen die Gewissensklause, wie sie in England auch durchgeführt ist. Die Kommission, die über diese Frage eingesetzt werden soll, muß unbedingt paritätisch zusammengesetzt sein. (Beif. b. d. Soz.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Zent.): Die Petitionen zu diesem Thema kommen aus allen Teilen des Reiches. Es muß mit Bedauern festgestellt werden, daß die Impfschäden nicht abgeleugnet werden können. Auch Ministerialdirektor Kirchner hat früher hier von der Tribüne des Reichstages sogar von „verbrecherischen Treiben“ der Impfgegner gesprochen. Gegen solche Ausführungen müssen wir entschieden Protest erheben. Wir schließen uns der Kommissionsforderung an, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen, vor allem aber eine Kommission zur Klärung der Impfrage einzusetzen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Kraemer (Soz.): Wir halten es für nötig, daß die ganze Angelegenheit zunächst noch einer besonderen Prüfung in der Kommission unterzogen wird. Aus diesem Grunde bitten wir, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Fischer (fortsch. Volksp.): Die meisten Mitglieder meiner Partei erkennen die gute Wirkung des Impfgesetzes an. Von einer Kommission verpöden wir uns nicht besonders. Durch die Agitation dürfen wir uns nicht beirren lassen. (Beifall.)

Ministerialdirektor Dr. Kirchner: Wir stehen heute noch genau so da, wie in der Impfrage vor 2½ Jahren. Ich habe keinerlei hier pflichtgemäß gesprochen. Trotzdem bin ich in der empörenden Weise verleumdet worden. Der Führer der Impfgegner telegraphierte sogar an den Kaiser, ich hätte gelogen. Ich habe nur gesagt, daß das Auftreten der Impfgegner unverständlich und fast verbrecherisch sei. Dabei habe ich auseinandergelegt, daß die Impfgegner durch Broschüren und Plakate die Gemüter beunruhigen, als ob die Kinder zur Schlachtbank geführt würden. Die Bevölkerung wird von den Impfgegnern zum Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgereizt. Im Jahr 1913 sind Zwangsimpfungen nur in 8 oder 9 Fällen vorgekommen. Es bleibt uns so schließlich nichts mehr anders übrig als zur zwingenden Durchführung der Kinder zu greifen. Das ist der Erfolg der impfgegnerischen Agitation! Wir wären zu jedem Entgegenkommen entschlossen, wenn irgend ein vernünftiger Grund dazuvorläge. Die Statistik zeigt, daß die Kostenentlastungen im Reich immer weiter zurückgehen. — Der Redner demonstriert auf einer großen, auf der Bundesrats-Galerie aufgestellten Karte mit graphischen Darstellungen den Rückgang der Kostenentlastungen und den Einfluß der Schutzimpfungen in Württemberg und Preußen und fährt dann fort: „Entweder sind wir alle Lügner — oder unsere Behauptungen sind richtig. Und sie sind richtig!“ Unsere Statistik ist absolut einwandfrei. Die Angriffe der Impfgegner beruhen auf Verleumdungen. Die Genährung einer Entschädigung für die Impfschäden ist ganz unbedenklich. Eine Kommission wird nicht zum Ziel führen. Wir müssen unsere Volksgesundheit mit allen Mitteln schützen, namentlich auch im Hinblick auf einen künftigen Krieg. Ich könnte die Verantwortung nicht übernehmen, an dem jetzigen Zustand irgend etwas zu ändern. Geheimrat Zimmer: Die Frage, ob eine Zwangsimpfung eintreten kann, unterliegt der richterlichen Entscheidung. Nach meiner Auffassung besteht das Recht dazu. Das Gesetz enthält keine Bestimmung, die die Bundesstaaten hindert, Zwang anzuwenden.

Abg. Götting (natl.): In dem jetzigen Zustand, den man als einen guten bezeichnen kann, solle man nicht rütteln. Eine Kommission kann über die Frage keine Entscheidung treffen. Die Frage einer Entschädigung für Impfschäden ist noch nicht spruchreif. In allen Zweifelsfällen müssen wir uns auf die Wissenschaft verlassen. (Beifall b. d. Nationalliberalen.)

Abg. Frhr. v. Schiele (Welfe): Eine Verständigung ist solange nicht möglich, als mit Ausdrücken wie „verbrecherisch“ laboriert wird. Auch die Impfgegner haben Autoritäten auf ihrer Seite. Zunächst müssen Ausführungsbestimmungen erlassen werden, wonach der Impfwang aufgehoben und die Gewissensklause eingeführt wird.

Darauf verlag sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch, 2 Uhr.

Berlin, 28. April. Im Seniorenkonvent des Reichstages wurde heute die Einladung der Hamburg-Amerika-Linie zur Besichtigung des Dampfers „Waterland“ vom Zentrum, der fortsh. Volkspartei und den Nationalliberalen dankend angenommen. Die Sozialdemokraten lehnten die Einladung aus grundsätzlichen Bedenken ab. Der Vertreter der Konserwativen behielt seiner Partei, der er die Einladung mitteilen wollte, die Entscheidung vor. Der Reichstagspräsident ordnete darauf an, daß die Einladung verschickt wird und erklärte gleichzeitig, daß er Gelegenheit nehmen werde, namens des Reichstages der Hamburg-Amerika-Linie den Dank auszusprechen. Der Bundesrat, der gleichzeitig eingeladen worden ist, hat die Einladung angenommen. Wahrscheinlich wird Staatssekretär Dr. Delbrück als Vertreter des Reichskanzlers an der Fahrt teilnehmen.

Berlin, 28. April. In der Budgetkommission des Reichstages erklärte ein Regierungskommissär,

Deutschland, siehe dem Schiedsgerichtsgedanken keineswegs feindlich gegenüber. Dies ergebe sich aus dem Abschluß eines allgemeinen Schiedsgerichtsvertrages mit England und aus der Vereinbarung eines solchen mit den Vereinigten Staaten von Amerika, wo dieser allerdings an dem Widerstande des Senates gescheitert sei. In eine Reihe von Handelsverträgen sei eine Schiedsgerichtsklausel aufgenommen. Auf deutsche Anregung sei das Haager Abkommen über die Errichtung eines Internationalen Preisengerichtshofes zustande gekommen. Auch habe die deutsche Delegation auf der Haager Wechselrechtskonferenz die Errichtung eines Internationalen Kassationshofes zur Erörterung gestellt. Die wichtigsten Verträge Deutschlands mit Frankreich über Marokko seien unter die Schiedsgerichtsklausel gestellt worden. Deutschland wolle allerdings keine unklaren Schiedsverträge, die zu weiteren Streitigkeiten führen können; daher habe es dem auf der zweiten Haager Friedenskonferenz aufgestellten Weltschiedsvertrag nicht zugestimmt. Deutschland sei bereit, dem internationalen Preisengerichtshof abzukommen zuzustimmen u. die Serereklamationen zu ratifizieren. Die Schwierigkeiten gingen nicht von Deutschland aus und man dürfe hoffen, sie demnächst beseitigt zu sehen. Der dritten Haager Konferenz stehe die Regierung sympathisch gegenüber. Voraussetzung für ein gutes Ergebnis sei eine Vorkonferenz und die Aufstellung der von den Mächten angenommenen Programme.

Berlin, 29. April. Die Morgenblätter melden: Die Regierung beabsichtigt nicht, den Reichstag vor Pfingsten zu schließen, sondern wird ihn wieder bis zum Herbst vertagen. Über die Novelle zur Besoldung der Reichsbeamten fand gestern eine Besprechung des Reichsjustizsekretärs mit den Führern sämtlicher bürgerlicher Parteien statt. Es handelte sich lediglich um die formelle Behandlung der Angelegenheit. Es wurde vereinbart, die Novelle sofort in der Bundeskommission wieder in Angriff zu nehmen, wenn diese den Etat vollständig erledigt hat. Außerdem erklärten die Regierung und sämtliche bürgerliche Parteien ihre Bereitschaft, die Besoldungsreform zu einem positiven Ergebnis zu bringen.

Politische Übersicht.

Kaisertage auf Korfu.

Achilleion, 29. April. Zur Mittagstafel waren geladen Graf von Quadt zu Wykradt und Tschuy sowie der Präsekt von Korfu Fürst Djylanti nebst Gemahlin.

Zum Reiseprogramm des Kaisers verlautet weiter: Der Kaiser fährt am 8. Mai über Colmar nach Tübingen und von dort im Kraftwagen über die „Drei Ahren“ nach Evaux, um einer Gebirgsüberbeziehung beizuwohnen. In Braunshweig findet am 9. Mai um 1 Uhr Familienfrühstück, um 6 Uhr die Taufe des Erbprinzen im Dom und um 8 Uhr Gala-stafel statt. Am 11. Mai nimmt der Kaiser in Metz nach dem Vorbeimarsch des Königsinfanterieregiments das Frühstück im Offizierskasino dieses Regiments ein. — Nach der Besichtigung der Befestigung steigt Seine Majestät im Generalkommando ab. Das Diner nimmt der Kaiser bei dem Bezirkspräsidenten Freiherrn von Gemmingen ein. Am 12. Mai abends findet das Diner bei dem kommandierenden General von Mudra statt.

Der Berliner Bürgermeister Dr. Reiche ist sichtlich Lernerneuern nach zum Geh. Regierungsrat ernannt worden.

Zur Ministerkrise in Coburg-Gotha. Die Gothaischen Blätter bringen eine vom Präsidenten, dem Vizepräsidenten, den Schriftführern und einer Anzahl Abgeordneter des Landtages unterzeichnete Eingabe an den Herzog, in der der Herzog gebeten wird, in der Sache, die das Entlassungsgesuch des Ministers v. Richter veranlaßt, eine Entscheidung zu treffen, die es dem Minister in Ehren ermöglicht, weiter zum Segen des Landes zu wirken. Die Eingabe wird damit begründet, daß der Minister es verstand, in seiner Amtstätigkeit alle ihm anvertrauten Interessen mit treuer Hingabe erfolgreich zu schützen und zu fördern.

Die Elektrizitätsversorgung Bayerns. Die bayerische Kammer der Abgeordneten hat die von der Regierung eingebrachte Vorlage betreffend die Versorgung des Landes mit Elektrizität mit großer Mehrheit angenommen. Darnach werden in das ordentliche Budget 20 000 Mark für die Herstellung eines allgemeinen Planes über die Versorgung Bayerns rechts des Rheins mit Elektrizität und in das außerordentliche Budget als 1. Rate 6 Millionen Mark für den Bau des Walchenseewerkes eingestellt werden.

Ausland.

Die Ulsterkrise.

London, 28. April. (Unterhaus.) Vor voll besetztem Hause brachte heute Außenminister Balfour namens der Opposition eine Resolution ein, daß mit Rücksicht, erstens, auf die ernste Natur der Flotten- und Heeresbewegungen, die kürzlich von der Regierung gegen Ulster ins Auge gefaßt worden seien, zweitens, mit Rücksicht auf die Unvollständigkeit und Ungenauigkeit in den wesentlichen Punkten der Ministererklärungen und drittens mit Rücksicht darauf, daß es die Regierung beständig habe daran fehlen lassen, der Lage aufrichtig gegenüberzutreten, das Haus der Meinung sei, daß eine vollkommen unparteiische Untersuchung über alle Umstände stattfinden solle. Chamberlain erklärte, es habe sich ein besorgenswerter Mangel an Aufrichtigkeit und Offenheit gezeigt über die Tatsachen seien wesentlich falsche Erklärungen abgegeben worden. — Marineminister Churchill erklärte, dies sei das fünfte Tadelvotum und die unverhältnismäßige Fortsetzung einer Untersuchung, die niemals vorgekommen seien. Carson und Craig seien eben erst von ihren kriegerischen Seditanten zurückgekommen, um eine gerichtliche Untersuchung über die Haltung der Leute zu fordern, die für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung verantwortlich seien. Dies sei ja einem Tadelvotum von Verbrechern gegen die Polizei ähnlich. Churchill erklärte, er wünsche es vollkommen klar zu stellen, daß die Regierung, wenn es zu einem Aufstand

In niederschlagen würde und daß sie, wenn ein Bürgerkrieg ausbräche, ihn bestes tun würde, um ihn zu unterdrücken. Es würde weder einen Aufstand, noch einen Bürgerkrieg geben, wenn er nicht durch Mitter herbeigeführt würde (Weisfall bei den Ministerien). Er bitte das Haus, zu versuchen, zu einer besseren Lösung zu kommen. Churchill schloß: Heute liegt ein ehrenvoller Friede nicht außerhalb des Reiches der Möglichkeit; morgen kann es aber damit schon für immer vorbei sein. Deshalb kann Carlson nicht tadeln sagen: Gewähren Sie mir meinen Änderungsantrag zur Homerule-Bill, nämlich den Ausschluß Mitters, und zur Vergeltung will ich all meinen Einfluß und guten Willen aufwenden, um Irland zu einer vollkommenen Einheit in einem Föderativsystem zu machen. Wenn eine solche Sprache geführt würde, so würde der Weg des Hasses einer schöneren und helleren Aussicht Platz machen. Das würde allen Beteiligten Ehre bringen.

London, 28. April. Eine Infanterieabteilung hat den Befehl erhalten, mit 2 Maschinengewehren morgen von Omagh nach Londonderry abzugehen.

Wien, 28. April. Die hiesigen Unionisten haben erfahren, daß die Regimenter, die am letzten Sonntag Befehl erhielten, nach Ulster zu gehen, durch ihre Offiziere die Forderungen erhoben, die Bedingungen zu erfahren, unter denen sie dort Dienste zu leisten haben würden. Die Offiziere weigerten sich, kriegerische Schritte zu unternehmen. Man erklärte ihnen, daß nichts geschehen solle, was die Ulsterfreiwilligen reizen könne und daß alles friedlich bleiben würde, so lange die Freiwilligen nicht zuerst feuerten; die Regimenter sind noch nicht abgegangen.

Wien, 28. April. Nach dem amtlichen Abendbericht über das Befinden des Kaisers sind die Symptome des trockenen Kataracts ziemlich unverändert. Die Serzstätigkeit ist kräftig. Appetit und Allgemeinbefinden lassen nichts zu wünschen übrig. Der Kaiser brachte heute 3 Stunden in der kleinen Galerie zu und empfing den Erzherzog Franz Ferdinand, sowie den Oberhofmeister Fürsten Montenuovo und die beiden Generaladjutanten.

Paris, 28. April. Unter der Leitung des Generalstabes des Joffre haben 25 Generale und 230 andere Offiziere aller Grade und Waffengattungen eine „Kriegsspielreise“ angetreten, die sich auf das Gebiet zwischen Paris und der belgischen Grenze erstreckt.

Paris, 29. April. Blättermeldungen zufolge haben die Minister beschlossen, der Angestellten und Arbeiter der Staatsbetriebe mitzuteilen, daß sie am 1. Mai feieren können.

Boulogne sur Mer, 28. April. Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen sind heute auf ihrer Seereise vor Südamerika hier angekommen. Sie wurden durch den deutschen Konsul in Boulogne und den deutschen Marineattaché, Freiherrn von Wibka, begrüßt.

Luzernburg, 29. April. Heute Nacht wurde die französische Fahne in der französischen Gesandtschaft von der Stange heruntergeholt und gestohlen. Der französische Gesandte erklärte die Tat für einen Gassenjungenstreich, der keine Beleidigung der französischen Fahne bilden könne. Er verzichtete auf eine Strafanzage.

London, 28. April. (Unterhaus.) King (Liberal) fragte, ob Sir Edward Grey Kenntnis davon habe, daß kürzlich ein weiteres militärisches Einvernehmen zwischen den Mächten der Triple-Entente gefordert worden sei im Hinblick auf eine gemeinsame Aktion auf dem Kontinent für den Fall gewisser Eventualitäten, zweitens, ob die Politik Englands auch weiterhin frei von allen Verpflichtungen zu militärischen Operationen auf dem Kontinent bleibe. Grey erwiderte, die erste Frage sei zu verneinen; was die zweite Frage betreffe, so bleibe Englands Stellung dieselbe, wie sie in der Erklärung des Premierministers Asquith vom 24. März 1913 dargelegt worden sei.

London, 28. April. (Unterhaus.) Die Pluralwahlrechtsbill ist in zweiter Lesung mit 324 gegen 247 Stimmen angenommen worden.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 29. April.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb zur Vortragserstattung. Von 10 Uhr an erteilte Seine königliche Hoheit folgende Audienzen: dem bisherigen Direktor im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Staatsrat Dr. von Sallwürk, dem Hilfsreferenten daselbst Geheimen Rat Dr. Oster, dem Geheimen Oberfinanzrat a. D. Siegl hier, dem vortragenden Rat im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Geheimen Oberregierungsrat Keim, dem Amtsvorstand Oberamtmann Trischeler in Einsheim, dem Staatsanwalt Dr. Hofner in Forzheim, dem I. Bürgermeister Wielandt und dem Oberbauinspektor Kuhn in Heidelberg, den Oberförstern Seidel in Bretten und Eberbach in Konstanz; dem Prorektor der Universität Professor Dr. Schulze und dem Landeskommissar Geheimen Oberregierungsrat Dr. Weder in Freiburg, dem Notar Burger in Efringen, dem Pfarrer Lic. theol. Wielandt in Niedereggenen, dem Oberförster Salzgeber in Schluchsee, dem Bauinspektor Maier in Wiesloch, ferner einer Abordnung des Badischen Kennvereins in Mannheim, bestehend aus den Herren Dr.

August Elemen, Kommerzienrat Leo Stinnes und Direktor Edmund Hofmann.

Im Laufe des Nachmittags hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge der Minister Dr. Freiherr von Bodman und Dr. Rheinboldt sowie des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo.

B.C. Kirchheim, 28. April. Bei der gestrigen Wahl eines Bürgermeisters erhielt Schneidermeister Georg Goll 39, Weinhändler Jaf. Mathes 24 Stimmen. Goll ist sonach gewählt.

Aus der Residenz.

Großherzogliches Hoftheater. Das dreiaktige Lustspiel „Seite 105“ von Alfred Halin und Robert Sander, das gestern mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, schildert in drastischer, packender Weise den Sieg der Praxis des Lebens über die fein ausgefeilte Theorie des Gelehrten. Das Stück ist außerordentlich amüsanz; denn es birgt Wit und Laune in Hülle und Fülle und entbehrt auch nicht der heutzutage so wichtigen aktuellen Beziehungen. Technisch gut aufgebaut und mit geschickt „gemachten“ Aufschlüssen ausgestattet, fließt in der Handlung, treffend in der Situationschilderung, könnte es auch hochgepannte literarische Ansprüche befriedigen, wenn nicht der an sich bedeutungsvolle und durch kluge Problemstellung aufgerollte Konflikt psychologisch zu sehr veräußert wäre. Dieser Mangel tritt im dritten Akte deutlich in Erscheinung: die Lösung des Knotens ist keine innerlich überzeugende. Auch szenentechnisch fällt der dritte Akt bedenklich ab. Die Autoren bringen zuviel Personen auf die Bühne — natürlich um gewisser Situationseffekte willen — und beeinträchtigen damit die innere Entwicklung der Handlung. Geipielt wurde zum größten Teile sehr gut. Reinhold Lütjohann zeichnete den Doktor Giesebius, Spezialisten für Psychoanalyse, mit der feinen und doch so markanten Charakterisierungsfähigkeit, die wir an diesem erlebten Minister gewohnt sind. Dem Lustspielmäßigen seiner Rolle wurde er vollauf gerecht. Der Erfolg des Abends kommt wesentlich auf sein Konto. Ihm zur Seite wirkte ebenfalls ein künstlerischer Gediegenheit der Darstellung Alwine Müller als Frau Giesebius. Die beliebte Schauspielerin darf die gefirgte Rolle zu ihren besten zählen. Lobende Erwähnung verdienen: Felix Baumbach als Lukas, Lina Carstens als Judith Mertens, Melanie Ermarth, die sich als Frau Annüller von ganz neuen Seiten zeigte und doch die alte Verwunderung erlang, Eugen Rex, der der Episodenrolle des Griesbri eine köstliche Darstellung bereicherte, und Hedwig Goll als Jose Ann. Die Aufführung war von Dr. Kronacher gut vorbereitet. A.

Der Kreisaußschuß des Kreises Karlsruhe hat in seiner Sitzung vom 24. April Herrn Bürgermeister Dr. Reichardt in Durlach als Vorsitzenden, Herrn Großherzoglichen Landgerichtsrat Stritt in Karlsruhe als 1. Stellvertreter und Herrn Kommerzienrat Wöninger in Karlsruhe als 2. Stellvertreter des Vorstehenden gewählt.

Umbau der Festhalle und Erweiterung des Stadtgartens. Der Bürgerausschuß stimmte gestern nachmittag dem Umbau der Festhalle und der Erweiterung des Stadtgartens zu. Der Aufwand hierfür beträgt nahezu 600 000 M. Von sachmännischer Seite wurde im Verlauf der Beratungen betont, daß es besser wäre, die alte Festhalle durch einen Neubau zu ersetzen, als jetzt eine so große Summe hineinzusteden. Die überwiegende Mehrheit des Bürgerausschusses war aber der Ansicht, daß die Festhalle schon zu Beginn des Jubiläumjahres 1915 erweitert und restauriert werden müsse. Der Antrag des Stadtrats auf Umbau der Festhalle wurde deshalb mit großer Mehrheit angenommen, der Beschluß auf Stadtgartenerweiterung erfolgte einstimmig.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 29. April. Der Kaiser hat anlässlich des heutigen 70. Geburtstages des Großadmirals von Köster an diesen eine Kabinettsorder gerichtet, in der er ihm seine herzlichsten Glückwünsche ausspricht, seiner hohen Verdienste um die Marine gedenkt und ihm das Kreuz der Großkomture des königlichen Hausordens der Hohenzollern verleiht. Auch der Kronprinz drückte dem Großadmiral telegraphisch seine wärmsten Glückwünsche aus. Die Stadt Kiel hat den Großadmiral zu ihrem Ehrenbürger ernannt.

Berlin, 29. April. (Deutscher Reichstag.) Am Bundesratssitzung befindet sich Kriegsminister v. Falkenhayn. Präsident

Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 25 Min. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Nachtragsetat für 1914, worin u. a. gefordert werden für eine diplomatische Agentur und ein Generalkonsulat in Albanien, sowie ein Konsulat in Astab 37 450 M. und drei neue Militärattachés, darunter in Belgrad und in Sofia, 30 000 M.

Wien, 29. April. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Budapest: Bei dem heutigen Empfang der österreichischen Delegation erklärte der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand gegenüber dem Präsidenten der Delegation, daß das Befinden des Kaisers durchaus befriedigend sei. Der Kataract sei bereits vollständig in Lösung begriffen und man könne mit voller Genugtuung sagen, daß das Unwohlsein beseitigt sei. Von anderer Seite wird über das Befinden des Kaisers berichtet: Der Kaiser hatte eine erquickende Nacht, wodurch alle Krankheitserscheinungen sich heute günstig beeinflusst zeigen.

Stockholm, 29. April. Wie mitgeteilt wird, dürfte es noch einige Wochen dauern, bis der Kräftezustand des Königs es gestattet, daß die von den Ärzten empfohlene Erholungsreise nach dem Süden angetreten werden kann. Eine Entscheidung über den Aufenthaltsort ist noch nicht getroffen worden. Die Ärzte haben festgestellt, daß der Aufenthalt auf Drottningholm und die Autofahrten, die der König täglich in der Gesellschaft der Königin in die Umgebung unternommen hat, dem König gut getan haben. Der König geht voll angeleidet in seinem Zimmer umher, kann sich aber natürlich nicht lange bewegen, sondern muß einen großen Teil des Tages in dem Ruhestuhl liegen. Der Appetit ist gut, freilich muß der König Diät halten, doch versucht man, seinen Speisezettel so abwechslungsreich wie möglich zu gestalten.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe: V. Salomon Rothschild, Kaufmann. — V. Emil Aberle, Kaufmann. — Heiratungen. Rudolf Lang von Kastatt, Kaufmann hier, mit Elsa Köstlich von hier. — Heinrich Helfer von Forchheim, Maurer hier, mit Babette Eck von Gleichhammer. — Karl Heimberger von Dendingen, Schriftsetzer hier, mit Luise Metter von Brumath. — Todesfälle. Heinrich Göß, Eisenbahnbeamter, Ehemann. — Johanna Bier, Ehefrau. — Magdalene Oberier, Ehefrau. — Wilhelmine Niederreger, Witwe. — Katharina Rulps, Ehefrau. — Friederike Fuß, ledig. — Emilie Schuhmacher, Ehefrau. — Martin Traub, Gipfer, Ehemann.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Sdwr. vom 29. April 1914.

Der hohe Druck hat seit gestern noch weiter abgenommen; er bedeckt heute fast das ganze Festland und weist einen Kern über Siebenbürgen auf. Ein zweites Hochdruckgebiet hat sich bei Island entwickelt. Über Nordosteuropa lagert eine ziemlich tiefe Depression, die sich aber nur in ihrer näheren Umgebung geltend macht. In Deutschland herrscht bei steigenden Temperaturen fast überall wolkenloses Wetter. Über Frankreich zeigen sich Störungen in der Luftdruckverteilung in der Entfaltung begriffen zu sein; es sind deshalb bei vorwiegend heiterem und warmem Wetter lokale Gewitter zu erwarten.

Weiternachrichten aus dem Süden.

Lugano wolkenlos 12 Grad, Biarritz wolkig 13 Grad, Triest wolkenlos 14 Grad, Florenz wolkenlos 13 Grad, Rom wolkenlos 12 Grad, Brindisi wolkenlos 17 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe

April	Barom. mm	Therm. in C.	Nebel. in mm	Feuchth. in mm	Wind	Himmel
28. Nachts 9 ^h II.	754.8	13.9	8.7	73	Still	wolkenlos
29. Morgs. 7 ^h II.	754.0	11.4	6.8	67	Ost	...
29. Mittags 2 ^h II.	751.6	22.0	8.3	42	SW	...

Höchste Temperatur am 28. April: 21.1; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 7.8.

Niederschlagsmenge, gemessen am 29. April, 7^h früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 29. April, früh: Schusterinsel 2.23 m, gefallen 2 cm; Rehl 3.05 m, gefallen 2 cm; Rappau 4.62 m, gefallen 1 cm; Rannheim 3.97 m, gefallen 6 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur E. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Drausche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.



Bioson

wird von vielen Krankentassen, Wohlfahrtsvereinen ständig verabreicht als das billigste, verlässlichste kräftigende Aufbaumittel für Schwache aller Berufsstände. Das Paket, mehrere Wochen ausreichend ist, 3.- in Apotheken, Drogerien. Verlangen Sie vom Biofontwerk Frankfurt (Main) 27 Gratisprobe und Prospekt G.

Kursbericht der Karlsruher Zeitung.

Deutsche Staatspapiere.	
3 1/2 % Präm. 1890	86.90
3 % Präm. 1890	78.00
4 % Präm. 1890	96.75
4 % Präm. 1890	96.55
4 % Präm. 1890	96.30
4 % Präm. 1890	96.15
4 % Präm. 1890	95.90
4 % Präm. 1890	95.70
4 % Präm. 1890	95.50
4 % Präm. 1890	95.30
4 % Präm. 1890	95.10
4 % Präm. 1890	94.90
4 % Präm. 1890	94.70
4 % Präm. 1890	94.50
4 % Präm. 1890	94.30
4 % Präm. 1890	94.10
4 % Präm. 1890	93.90
4 % Präm. 1890	93.70
4 % Präm. 1890	93.50
4 % Präm. 1890	93.30
4 % Präm. 1890	93.10
4 % Präm. 1890	92.90
4 % Präm. 1890	92.70
4 % Präm. 1890	92.50
4 % Präm. 1890	92.30
4 % Präm. 1890	92.10
4 % Präm. 1890	91.90
4 % Präm. 1890	91.70
4 % Präm. 1890	91.50
4 % Präm. 1890	91.30
4 % Präm. 1890	91.10
4 % Präm. 1890	90.90
4 % Präm. 1890	90.70
4 % Präm. 1890	90.50
4 % Präm. 1890	90.30
4 % Präm. 1890	90.10
4 % Präm. 1890	89.90
4 % Präm. 1890	89.70
4 % Präm. 1890	89.50
4 % Präm. 1890	89.30
4 % Präm. 1890	89.10
4 % Präm. 1890	88.90
4 % Präm. 1890	88.70
4 % Präm. 1890	88.50
4 % Präm. 1890	88.30
4 % Präm. 1890	88.10
4 % Präm. 1890	87.90
4 % Präm. 1890	87.70
4 % Präm. 1890	87.50
4 % Präm. 1890	87.30
4 % Präm. 1890	87.10
4 % Präm. 1890	86.90
4 % Präm. 1890	86.70
4 % Präm. 1890	86.50
4 % Präm. 1890	86.30
4 % Präm. 1890	86.10
4 % Präm. 1890	85.90
4 % Präm. 1890	85.70
4 % Präm. 1890	85.50
4 % Präm. 1890	85.30
4 % Präm. 1890	85.10
4 % Präm. 1890	84.90
4 % Präm. 1890	84.70
4 % Präm. 1890	84.50
4 % Präm. 1890	84.30
4 % Präm. 1890	84.10
4 % Präm. 1890	83.90
4 % Präm. 1890	83.70
4 % Präm. 1890	83.50
4 % Präm. 1890	83.30
4 % Präm. 1890	83.10
4 % Präm. 1890	82.90
4 % Präm. 1890	82.70
4 % Präm. 1890	82.50
4 % Präm. 1890	82.30
4 % Präm. 1890	82.10
4 % Präm. 1890	81.90
4 % Präm. 1890	81.70
4 % Präm. 1890	81.50
4 % Präm. 1890	81.30
4 % Präm. 1890	81.10
4 % Präm. 1890	80.90
4 % Präm. 1890	80.70
4 % Präm. 1890	80.50
4 % Präm. 1890	80.30
4 % Präm. 1890	80.10
4 % Präm. 1890	79.90
4 % Präm. 1890	79.70
4 % Präm. 1890	79.50
4 % Präm. 1890	79.30
4 % Präm. 1890	79.10
4 % Präm. 1890	78.90
4 % Präm. 1890	78.70
4 % Präm. 1890	78.50
4 % Präm. 1890	78.30
4 % Präm. 1890	78.10
4 % Präm. 1890	77.90
4 % Präm. 1890	77.70
4 % Präm. 1890	77.50
4 % Präm. 1890	77.30
4 % Präm. 1890	77.10
4 % Präm. 1890	76.90
4 % Präm. 1890	76.70
4 % Präm. 1890	76.50
4 % Präm. 1890	76.30
4 % Präm. 1890	76.10
4 % Präm. 1890	75.90
4 % Präm. 1890	75.70
4 % Präm. 1890	75.50
4 % Präm. 1890	75.30
4 % Präm. 1890	75.10
4 % Präm. 1890	74.90
4 % Präm. 1890	74.70
4 % Präm. 1890	74.50
4 % Präm. 1890	74.30
4 % Präm. 1890	74.10
4 % Präm. 1890	73.90
4 % Präm. 1890	73.70
4 % Präm. 1890	73.50
4 % Präm. 1890	73.30
4 % Präm. 1890	73.10
4 % Präm. 1890	72.90
4 % Präm. 1890	72.70
4 % Präm. 1890	72.50
4 % Präm. 1890	72.30
4 % Präm. 1890	72.10
4 % Präm. 1890	71.90
4 % Präm. 1890	71.70
4 % Präm. 1890	71.50
4 % Präm. 1890	71.30
4 % Präm. 1890	71.10
4 % Präm. 1890	70.90
4 % Präm. 1890	70.70
4 % Präm. 1890	70.50
4 % Präm. 1890	70.30
4 % Präm. 1890	70.10
4 % Präm. 1890	69.90
4 % Präm. 1890	69.70
4 % Präm. 1890	69.50
4 % Präm. 1890	69.30
4 % Präm. 1890	69.10
4 % Präm. 1890	68.90
4 % Präm. 1890	68.70
4 % Präm. 1890	68.50
4 % Präm. 1890	68.30
4 % Präm. 1890	68.10
4 % Präm. 1890	67.90
4 % Präm. 1890	67.70
4 % Präm. 1890	67.50
4 % Präm. 1890	67.30
4 % Präm. 1890	67.10
4 % Präm. 1890	66.90
4 % Präm. 1890	66.70
4 % Präm. 1890	66.50
4 % Präm. 1890	66.30
4 % Präm. 1890	66.10
4 % Präm. 1890	65.90
4 % Präm. 1890	65.70
4 % Präm. 1890	65.50
4 % Präm. 1890	65.30
4 % Präm. 1890	65.10
4 % Präm. 1890	64.90
4 % Präm. 1890	64.70
4 % Präm. 1890	64.50
4 % Präm. 1890	64.30
4 % Präm. 1890	64.10
4 % Präm. 1890	63.90
4 % Präm. 1890	63.70
4 % Präm. 1890	63.50
4 % Präm. 1890	63.30
4 % Präm. 1890	63.10
4 % Präm. 1890	62.90
4 % Präm. 1890	62.70
4 % Präm. 1890	62.50
4 % Präm. 1890	62.30
4 % Präm. 1890	62.10
4 % Präm. 1890	61.90
4 % Präm. 1890	61.70
4 % Präm. 1890	61.50
4 % Präm. 1890	61.30
4 % Präm. 1890	61.10
4 % Präm. 1890	60.90
4 % Präm. 1890	60.70
4 % Präm. 1890	60.50
4 % Präm. 1890	60.30
4 % Präm. 1890	60.10
4 % Präm. 1890	59.90
4 % Präm. 1890	59.70
4 % Präm. 1890	59.50
4 % Präm. 1890	59.30
4 % Präm. 1890	59.10
4 % Präm. 1890	58.90
4 % Präm. 1890	58.70
4 % Präm. 1890	58.50
4 % Präm. 1890	58.30
4 % Präm. 1890	58.10
4 % Präm. 1890	57.90
4 % Präm. 1890	57.70
4 % Präm. 1890	57.50
4 % Präm. 1890	57.30
4 % Präm. 1890	57.10
4 % Präm. 1890	56.90
4 % Präm. 1890	56.70
4 % Präm. 1890	56.50
4 % Präm. 1890	56.30
4 % Präm. 1890	56.10
4 % Präm. 1890	55.90
4 % Präm. 1890	55.70
4 % Präm. 1890	55.50
4 % Präm. 1890	55.30
4 % Präm. 1890	55.10
4 % Präm. 1890	54.90
4 % Präm. 1890	54.70
4 % Präm. 1890	54.50
4 % Präm. 1890	54.30
4 % Präm. 1890	54.10
4 % Präm. 1890	53.90
4 % Präm. 1890	53.70
4 % Präm. 1890	53.50
4 % Präm. 1890	53.30
4 % Präm. 1890	53.10
4 % Präm. 1890	52.90
4 % Präm. 1890	52.70
4 % Präm. 1890	52.50
4 % Präm. 1890	52.30
4 % Präm. 1890	52.10
4 % Präm. 1890	51.90
4 % Präm. 1890	51.70
4 % Präm. 1890	51.50
4 % Präm. 1890	51.30
4 % Präm. 1890	51.10
4 % Präm. 1890	50.90
4 % Präm. 1890	50.70
4 % Präm. 1890	50.50
4 % Präm. 1890	50.30
4 % Präm. 1890	50.10
4 % Präm. 1890	49.90
4 % Präm. 1890	49.70
4 % Präm. 1890	49.50
4 % Präm. 1890	49.30
4 % Präm. 1890	49.10
4 % Präm. 1890	48.90
4 % Präm. 1890	48.70
4 % Präm. 1890	48.50
4 % Präm. 1890	48.30
4 % Präm. 1890	48.10
4 % Präm. 1890	47.90
4 % Präm. 1890	47.70
4 % Präm. 1890	47.50
4 % Präm. 1890	47.30
4 % Präm. 1890	47.10
4 % Präm. 1890	4

VORANZEIGE

Kühler Krug
Sonntag, 3. Mai 1914

Mai-Konzert

der
Grenadier-Kapelle, persönliche
Leitung: Musikmeister Bern-
hagen, unter Mitwirkung des Hu-
moristen u. bayerischen Kari-
katur-Darstellers Toni
Buk aus Frank-
furt a. M.

Axenstraße-Fluelen Vierwaldstätter See. — Weltberühmt.
Hotel Parc Rudenz,
Pension Franks 6 bis 8. Logis von 2 Franks an. Zentrum für
Bergtouren. Waldpark. Tennis, Gondel, Angeln, Sonnen-,
Luft- und Seebäder fr. Prospekt gr. G.434

Mumpf Solbad bei Rheinfelden — Schönste Lage.
Gasthof zum „Anker“ — Neue Bäder.
Sommerfrische. Zivile Preise. R. Maier.

Die Stadtgemeinde Mannheim beabsichtigt, die Stelle eines
Ortsbaukontrolleurs
zu besetzen. Staatlich geprüfte Werkmeister badiſcher Staats-
angehörigkeit werden erſucht, ihre Bewerbungen bis zum
10. Mai ds. Jrs., beim Vorstand der Ortsbaukontrolle Mann-
heim, Rathaus, Zimmer 103 einzureichen. Beizufügen ſind:
Ein eigenhändig geſchriebener Lebenslauf, Zeugnisabſchriften,
ſelbſtändig gefertigte Zeichnungen, deſgleichen Angaben über
bisherige praktiſche Tätigkeiſt, Gehaltsanſprüche und den frühe-
ſten möglichen Dienſteintritt. G.560
Mannheim, den 25. April 1914.
Der Vorstand der Ortsbaukontrolle.
Platz, Ortsbauamt.

BAUGENEHMIGUNGEN

Von Großherzoglich badiſchen Bezirksämtern genehmigte Baugesuche.
Veröffentlichungen erfolgen wöchentlich mehrmals. (Nachdruck verboten.)

Amth Achern.
Achern. Nikolaus Fißler, Wirt, Autogarage, Franz Lott, Zimmermann,
Wohnhaus. Fautenbach, Anton Lang, Wohn- u. Defonomiegebäude.
Furſtchenbach, Joſef Schneider, Landwirt, Wohnhausveränderung.
Gamskurſt, Bernhard Dimpfle, Bauveränderungen. Daniel Weingart,
Errichtung von Schweineſtällen. Kappelrodert, Gemeinde, Waſchſtubenbau.
Nikolaus Godyay, Brennhaus. Hermann Mayer, Schweineſtälle. Heinrich
Stinner, Landwirt, Bauveränderungen. Wöſſbach, Eduard Deder,
Schopf u. Schweineſtälle. Friedrich Klumpp, Bauveränderung. Oberacher,
Hermann Herr, Errichtung eines Wohnhauſes. Med. Vindladerſabrik,
Sanftausbewahrungsraum. Lusbach, Karl Voſcher, Schweineſtälle.
Wenzel Schmelz, Landwirt, Wohnhausanbau. Theodor Weber, Landwirt,
Defonomiegebäude. Reuchen, Karl Pantzer, Wohnhaus. Zambach,
H. Joſef, Wohnhaus. Zambach, Konrad Follert, Brennhaus.
Hermann Heigmann, Wohnhausveränderung. Andreas Huber, Errichtung
von Schweineſtällen.

Amth Bruchſal.
Bruchſal. Guſtav Weidmann, Wohnhaus. Heinrich Durſt, Wohnhaus-An- u.
Umbau. Kleeberg, Schweineſtall u. Remiſe. Louis Scheuer, Müller,
Magazin. Karlsdorf, Brauerei Veſt, Forſtheim, Jagarſenſabrik.
Kirrlach, R. Kremer, Schweineſtälle. Daniel Döſſler II, Wohnhausanbau.
Kendler, Heinrich Amann, Wohnhaus mit Hintergebäude. Karl Baldi,
Bockhaus u. Weſttagersraum. Reuthard, Anton Brunner, Wohnhaus.
Gregor Graf, Schweineſtälle. Oberhanſen, Lina Alder, Wohnhaus.
Waſchſtuben u. Hintergebäude. Stefan Gäng, Wohnhaus. Rheinhausen,
Ludwig Ludſill, Errichtung eines Stalles. Untergronbach, Franz
Alt, Wohnhaus, Schweineſtälle u. Scheuer. Wierental, Andreas Fißler,
Wohnhausveränderung. Joſef Heſſler, Wohnhaus, Schopf u. Schweineſtälle.
Zentern, Joſef Zeibel, Umbau des Wirtſchafts.

Amth Durlach.
Auerbach, Emil Demninger, Wohnhaus, Stall u. Scheuer. Durlach,
Bahnauſſenſpektion I Karlsruhe, Abſchub des Bahnhofs. Guſtav Kärder,
Einſammlerhaus. Müllersmann, Pferdeſtälle. Kleinſchmid, Guſtav
Erich, Wohnhaus. Langenſteinbach, Philipp Ried, Stall u. Schopf.
Söllingen, Chriſtoph Mall, Wohnhaus, Gemeinde, Rathausanbau.
Wöſſbach, Jonas Herold, Wohnhaus u. Schopf.

Großhandelspreise für Getreide in Mannheim

nach den Feſtſtellungen des Vorſtands der Mannheimer Produzentenbörſe (wegl. Bekanntmachung Großh. Miniſteriums des
Innern vom 22. April 1913, Karlsruhe Zeitung — Staatsanzeiger — vom 28. April 1913, Nr. 115).

Datum	100 Kilogramm				Gerſte		
	Weizen	Kernen	Roggen	Safer	mittel	gut	fein
16. April	20.25—20.75	—	—	17.25	—	—	—
20. "	20.50	—	—	—	—	—	—
23. "	20.50	—	—	—	—	—	18.80

Großh. Domänenamt Meersburg am Bodensee
empfehlen ſeine ſelbſtgezogenen **Weiß- und Rotweine** (auch Edelweine) aus den
beſten Lagen der Gemarkungen Meersburg und Hagau. Proben und Leiſchfäſſer
ſtehen zur Verfügung. Man verlange die **neue reichhaltige Preisliſte.**

Nächſte Woche!
Große Bad. Rote Kreuz-
Geld-Lotterie.
Ziehung garantiert 9. Mai
2225 Geldgewinne und 1 Prämie bar Geld
37000 M.
Mögl. Hauptgewinn bar:
15000 M.
3327 Geldgewinne bar:
22000 M.
Loſe à 1 M. | 11 Loſe nur 10 Mk.,
| Porto u. Liſte 30 Pfg.
empfehlen Lotterie-Unternehmer
J. Stürmer Strassburg i. Els.
Filiale Kohl a. Rh., Hauptſtraße, 47
Carl Götz, Karlsruhe,
Hebelſtr. 11/15.

Letzte Erinnerung
an alsbaldige Erneuerung
der Preuss.-Südd. Klassen-
loſe zur V. Haupt- und
Schlussklasse M. 174000 Treff.
zus. **64,5 Millionen Mark.**
Kaufloſe hierzu erhältlich
1/8 1/4 1/2 1 Teil
25.— 50.— 100.— 200.— Mk.
Ludwig Götz
Großh. bad. Lottereeinneh.
Hebelſtr. 11, b. Rathaus.

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit
R.848.2 Karlsruhe. Die
Staſſierer Adam Berghammer
Chefrau Friederike Barbara
Orlemann Witwe geb. Franz
zu Karlsruhe, Prozeßbevoll-
mächtigter: Rechtsanwalt Kef-
ler hier, klagt gegen ihren
Ehemann, früher zu Karlsru-
he, jetzt unbekanntem Auf-
enthaltsort auf Grund des §
1568 BGB., weil er durch Ver-
weigerung und Mißhandlung
in kurzer Zeit das Vermögen der
Klägerin verbraucht, für den
Unterhalt der Familie nicht
geſorgt und nach Einziehung
von 103 M. fremder Gelder
anfangs März l. J. die Klä-
gerin und ſeine Familie heim-
lich verlaſſen habe, mit dem
Antrage auf Scheidung der
am 8. Oktober 1904 zu Recht-
erklären geſchloſſenen Ehe der
Streittheile aus Verſchulden
des Beklagten.
Die Klägerin laſet den Be-
klagten zur mündlichen Ver-
handlung des Rechtsſtreits
vor die 1. Zivilkammer des
Gr. Landgerichts zu Karlsru-
he auf
Dienstag den 9. Juni 1914,
vormittags 9 Uhr,
mit der Aufforderung, ſich
durch einen bei dieſem Ge-
richte zugelassenen Rechtsan-
walt als Prozeßbevollmächtig-
ten vertreten zu laſſen.
Karlsruhe, 24. April 1914.
Gerichtſchreiber
des Landgerichts.

R.820.2 Mannheim. Der
Kaufm. Heinrich Gaugler in
Straßburg i. G., Schweigehäuf-
erſtr. 46, hat das Aufgebot
des Hypothekenbriefs über die
von dem Freifaur August
Leonhardt in Schiltigheim
bei Straßburg zugunſten der
Chefrau Crescentia Rogati
geb. Schönberger beſtellt, ur-
ſprünglich auf 18000 M. lau-
tende und inzwiſchen auf den
Antragſteller übertragene,
jetzt über reſtlich 17100 M.
lautende Hypothek, welche im
Grundbuche Mannheim, Bd.
11 Bl. 4 in Abt. III Ziffer 6
eingetragen iſt, beantragt.
Der Inhaber der Urkunde
wird aufgefordert, ſpäteſtens
in dem auf Donnerstag den
24. September 1914, vormit-
tags 10 Uhr, vor dem Großh.
Amtsgerichte Mannheim, Abt.
3, 9, 2. Stock, Zimmer 112,

anberaumten Aufgebotster-
mine ſeine Rechte anzumel-
den und die Urkunde vorzule-
gen, widrigenfalls die Kraft-
loſerklärung der Urkunde er-
folgen wird.
Mannheim, 21. April 1914.
Gerichtſchreiber
Großh. Amtsgerichts 3, 9.

R.874.2 Mannheim. Metz-
germeiſter Heinrich Schwein-
furth hier, Prozeßbevollmäch-
tigter: Rechtsanwält Dr. Guſ-
tav und Frei Kaufmann
hier, klagt gegen Metzger
Franz Buſch, früher hier, mit
dem Antrage, den Beklagten
zu verurteilen, an den Klä-
ger 1100 M. nebst 5 Prozent
Zinſen ſeit 14. Dezember
1912 zu bezahlen. Das Ur-
teil iſt gegen Sicherheitslei-
ſtung vorläufig vollſtreckbar.
Der Kläger laſet den Be-
klagten zur mündlichen Ver-
handlung des Rechtsſtreits
vor die 5. Zivilkammer des
Gr. Landgerichts zu Mann-
heim auf Freitag den 10. Ju-
li 1914, vorm. 9 1/2 Uhr, mit
der Aufforderung, einen bei
dem gedachten Gerichte zu-
gelassenen Anwalt zu beſtel-
len.
Mannheim, 22. April 1914.
Der Gerichtſchreiber des Gr.
Landgerichts.

R.901.2.1 Offenburg. In
Sachen des Webers Albert
Duſner in Schiltach, Klä-
gers, Prozeßbevollmächtigter:
Rechtsanwalt Schöuble in
Wolſach, gegen deſſen Ehe-
frau, Marie geb. Weſer, zur-
zeit an unbekanntem Orte,
Beklagte, wegen Eheſcheidung.
Der klägeriſche Vertreter laſet
die Beklagte zur münd-
lichen Verhandlung des
Rechtsſtreits vor die zweite
Zivilkammer des Gr. Land-
gerichts zu Offenburg auf
Freitag den 3. Juli 1914,
vormittags 9 Uhr, mit der
Aufforderung, ſich durch ei-
nen beim Prozeßgerichte zu-
gelassenen Rechtsanwalt ver-
treten zu laſſen.
Offenburg, 24. April 1914.
Der Gerichtſchreiber Großh.
Landgerichts Offenburg.

R.849. Karlsruhe. Im Kon-
kursverfahren über das Ver-
mögen des Heinrich Käſig,
Schneidermeiſters in Karlsru-
he, iſt beſondere Prüfungs-
termin beſtimmt auf
Donnerstag den 7. Mai 1914,
vormittags 11 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgericht
in Karlsruhe, Mademieſtr. 2,
Eingang 2, 1. Stock, Zimmer
Nr. 9.
Karlsruhe, 24. April 1914.
Gerichtſchreiber
Großh. Amtsgerichts A 5.

R.880. Laſer. Das Kon-
kursverfahren über das Ver-
mögen der Laſer Kies- und
Steinbrüche G. m. b. H.
in Laſer, iſt nach Abhaltung
des Schlußtermins aufgeho-
ben worden.
Laſer, 24. April 1914.
Der Gerichtſchreiber Großh.
Amtsgerichts.

R.900. Mannheim. Über
das Vermögen des Kauf-
manns Moriz Weiſberger
in Mannheim, P. 3, 11, wur-
de heute vormittags 11 Uhr
das Konkursverfahren eröff-
net. Zum Konkursverwalter
iſt ernannt: Rechtsanwalt
W. Ohnhold in Mannheim.
Konkursforderungen ſind bis
zum 23. Mai 1914 bei dem
Gerichte anzumelden. Zu-
gleich iſt zur Beſchlußfaſſung
über die Wahl eines defi-
nitiven Verwalters, über die
Beſtellung eines Gläubiger-
auſchuſſes und eintretenden-
falls über die in § 132 der
Konkursordnung bezeichne-

R.817.2 Durlach. 1. Der
Bauer Hermann Beder in
Spielberg hat beantragt, die
verſchollene Bierbrauer Chri-
ſtian Lindenmann Chefrau
Magdalena geb. Beder, ge-
boren zu Spielberg am 15.
Juni 1863, zuletzt wohnhaft
in Morland-Graham, 2. der
Landwirt Jakob Beder in
Spielberg hat beantragt, den
verſchollene Bierbrauer
Chriſtian Lindenmann, ge-
boren zu Singen am 10. März
1856, zuletzt wohnhaft in
Morland-Graham, für tot zu
erklären. Die bezeichne-
ten Verſchollenen werden aufge-
fordert, ſich ſpäteſtens in dem
auf Freitag den 15. Januar
1915, vormittags 9 Uhr, vor
dem unterzeichneten Gericht
— Zimmer 25 — anberaum-
ten Aufgebotstermine zu mel-
den, widrigenfalls die Todes-
erklärung erfolgen wird. In
alle, welche Auskunft über
Leben oder Tod der Verſchol-

lenen zu erteilen vermögen,
ergeht die Aufforderung, ſpä-
teſtens im Aufgebotstermine
dem Gericht Anzeige zu ma-
chen.
Durlach, 24. April 1914.
Der Gerichtſchreiber Großh.
Amtsgerichts.

R.821. Freiburg. Die un-
term 22. Dezember 1911 we-
gen Verſchwendung ausge-
ſprochene Entmündigung des
Kaufmanns Max Demppſe
vom Freiburg iſt wieder auf-
gehoben worden.
Freiburg, 17. April 1914.
Gerichtſchreiber
Großh. Amtsgerichts 2.

Verſchiedene
Bekanntmachungen.
Kanzleiſtelle
mit üblicher Jahresvergüt-
ung iſt mit einem Anwärter
für den mittleren Beamten-
dienſt bei uns alsbald zu
beſetzen und wollen ſich ge-
eignete Bewerber melden.
Freiburg, 27. April 1914.
Großh. Bezirksamt.

Bekanntmachung.
Aus den Ertragniſſen vom
Jahre 1914 der im Beſitze
der Stadtgemeinde Baden-
Baden befindlichen Stiftung
des am 13./25. Februar 1893
zu St. Petersburg verſtorbe-
nen Rentiers Heinrich Ju-
lius Nikolaus Beer aus St.
Petersburg ſtehen ca. 8300
Mark zur Verfügung, welche
an Abkommen der verſtorbe-
nen Cheſter des Stifters,
Melheid geborene Beer, ge-
weſene Cheſter des Dr.
med. Samuel Wagenheim zu
Riga in Livland, ſofern die-
ſelben an einer badiſchen
Univerſität ihre Studien ma-
chen, als Stipendien gegeben
werden ſollen. Der verfü-
bare Betrag ſoll zu zwei
pendien Verwendung finden.
Soweit der erwähnte Be-
trag wegen Ausfalls des
Stipendiums nicht in An-
ſpruch genommen wird, muß
die Hälfte davon an etwa
ſich meldende arme Angehö-
rige der Familie des Stifters
abgegeben werden. G.550.2.1
Die Geſuche um Zuwen-
dungen aus der Verſchieden
Familiendiſpoſition ſind an den
Stadttrat zu Baden-Baden zu
richten und ſpäteſtens bis
20. Mai 1914 einzureichen.
Denſelben ſind die amtlichen
Nachweiſe über die Zugehö-
rigkeit zur Verwandtſchaft
des Stifters beizufügen.
Wenn auf Armenunter-
ſtützung Anſpruch gemacht
werden ſoll, iſt außerdem die
Dürftigkeit nachzuweiſen.
Baden-Baden,
den 25. April 1914.
Der Stadttrat.

R.914. Radolfzell. Über
das Vermögen des Kolonial-
warenhändlers Mathias
Bühler in Singen wurde
heute am 28. April 1914,
vorm. 11 Uhr, das Konkurs-
verfahren eröffnet, da der
Gemeinſchuldner zahlungs-
unfähig iſt.
Rechtsanwalt Wohl in Ra-
dolfzell iſt zum Konkursver-
walter ernannt.
Konkursforderungen ſind bis
zum 19. Mai 1914 bei dem
Gerichte anzumelden.
Es iſt Termin anberaumt
vor dem dieſſeitigen Gerichte
zur Beſchlußfaſſung über die
Beibehaltung des ernannten
Verwalters, ſowie über die
Beſtellung eines Gläubiger-
auſchuſſes und eintretenden-
falls über die in § 132 der
Konkursordnung bezeichne-

ten Gegenstände auf
Dienstag den 26. Mai 1914,
vormittags 9 Uhr,
und zur Prüfung der ange-
melde-ten Forderungen auf
Dienstag den 26. Mai 1914,
vormittags 9 Uhr.
Allen Perſonen, welche eine
zur Konkursmaſſe gehörige
Sache in Beſitz haben oder
zur Konkursmaſſe etwas
ſchuldig ſind, iſt aufgegeben,
nichts an den Gemeinſchul-
dner zu verabfolgen oder zu
leiſten, auch die Verpflich-
tung auferlegt, von dem Be-
ſitze der Sache und von den
Forderungen, für welche ſie
aus der Sache abgeforderte
Verfriedigung in Anſpruch
nehmen, dem Konkursverwal-
ter bis zum 19. Mai 1914
Anzeige zu machen.
Radolfzell, 28. April 1914.
Gerichtſchreiber
Großh. Amtsgerichts.

R.817.2 Durlach. 1. Der
Bauer Hermann Beder in
Spielberg hat beantragt, die
verſchollene Bierbrauer Chri-
ſtian Lindenmann Chefrau
Magdalena geb. Beder, ge-
boren zu Spielberg am 15.
Juni 1863, zuletzt wohnhaft
in Morland-Graham, 2. der
Landwirt Jakob Beder in
Spielberg hat beantragt, den
verſchollene Bierbrauer
Chriſtian Lindenmann, ge-
boren zu Singen am 10. März
1856, zuletzt wohnhaft in
Morland-Graham, für tot zu
erklären. Die bezeichne-
ten Verſchollenen werden aufge-
fordert, ſich ſpäteſtens in dem
auf Freitag den 15. Januar
1915, vormittags 9 Uhr, vor
dem unterzeichneten Gericht
— Zimmer 25 — anberaum-
ten Aufgebotstermine zu mel-
den, widrigenfalls die Todes-
erklärung erfolgen wird. In
alle, welche Auskunft über
Leben oder Tod der Verſchol-

lenen zu erteilen vermögen,
ergeht die Aufforderung, ſpä-
teſtens im Aufgebotstermine
dem Gericht Anzeige zu ma-
chen.
Durlach, 24. April 1914.
Der Gerichtſchreiber Großh.
Amtsgerichts.

R.821. Freiburg. Die un-
term 22. Dezember 1911 we-
gen Verſchwendung ausge-
ſprochene Entmündigung des
Kaufmanns Max Demppſe
vom Freiburg iſt wieder auf-
gehoben worden.
Freiburg, 17. April 1914.
Gerichtſchreiber
Großh. Amtsgerichts 2.

R.821. Freiburg. Die un-
term 22. Dezember 1911 we-
gen Verſchwendung ausge-
ſprochene Entmündigung des
Kaufmanns Max Demppſe
vom Freiburg iſt wieder auf-
gehoben worden.
Freiburg, 17. April 1914.
Gerichtſchreiber
Großh. Amtsgerichts 2.

Verſchiedene
Bekanntmachungen.
Kanzleiſtelle
mit üblicher Jahresvergüt-
ung iſt mit einem Anwärter
für den mittleren Beamten-
dienſt bei uns alsbald zu
beſetzen und wollen ſich ge-
eignete Bewerber melden.
Freiburg, 27. April 1914.
Großh. Bezirksamt.

Bekanntmachung.
Aus den Ertragniſſen vom
Jahre 1914 der im Beſitze
der Stadtgemeinde Baden-
Baden befindlichen Stiftung
des am 13./25. Februar 1893
zu St. Petersburg verſtorbe-
nen Rentiers Heinrich Ju-
lius Nikolaus Beer aus St.
Petersburg ſtehen ca. 8300
Mark zur Verfügung, welche
an Abkommen der verſtorbe-
nen Cheſter des Stifters,
Melheid geborene Beer, ge-
weſene Cheſter des Dr.
med. Samuel Wagenheim zu
Riga in Livland, ſofern die-
ſelben an einer badiſchen
Univerſität ihre Studien ma-
chen, als Stipendien gegeben
werden ſollen. Der verfü-
bare Betrag ſoll zu zwei
pendien Verwendung finden.
Soweit der erwähnte Be-
trag wegen Ausfalls des
Stipendiums nicht in An-
ſpruch genommen wird, muß
die Hälfte davon an etwa
ſich meldende arme Angehö-
rige der Familie des Stifters
abgegeben werden. G.550.2.1
Die Geſuche um Zuwen-
dungen aus der Verſchieden
Familiendiſpoſition ſind an den
Stadttrat zu Baden-Baden zu
richten und ſpäteſtens bis
20. Mai 1914 einzureichen.
Denſelben ſind die amtlichen
Nachweiſe über die Zugehö-
rigkeit zur Verwandtſchaft
des Stifters beizufügen.
Wenn auf Armenunter-
ſtützung Anſpruch gemacht
werden ſoll, iſt außerdem die
Dürftigkeit nachzuweiſen.
Baden-Baden,
den 25. April 1914.
Der Stadttrat.

R.914. Radolfzell. Über
das Vermögen des Kolonial-
warenhändlers Mathias
Bühler in Singen wurde
heute am 28. April 1914,
vorm. 11 Uhr, das Konkurs-
verfahren eröffnet, da der
Gemeinſchuldner zahlungs-
unfähig iſt.
Rechtsanwalt Wohl in Ra-
dolfzell iſt zum Konkursver-
walter ernannt.
Konkursforderungen ſind bis
zum 19. Mai 1914 bei dem
Gerichte anzumelden.
Es iſt Termin anberaumt
vor dem dieſſeitigen Gerichte
zur Beſchlußfaſſung über die
Beibehaltung des ernannten
Verwalters, ſowie über die
Beſtellung eines Gläubiger-
auſchuſſes und eintretenden-
falls über die in § 132 der
Konkursordnung bezeichne-

ten Gegenstände auf
Dienstag den 26. Mai 1914,
vormittags 9 Uhr,
und zur Prüfung der ange-
melde-ten Forderungen auf
Dienstag den 26. Mai 1914,
vormittags 9 Uhr.
Allen Perſonen, welche eine
zur Konkursmaſſe gehörige
Sache in Beſitz haben oder
zur Konkursmaſſe etwas
ſchuldig ſind, iſt aufgegeben,
nichts an den Gemeinſchul-
dner zu verabfolgen oder zu
leiſten, auch die Verpflich-
tung auferlegt, von dem Be-
ſitze der Sache und von den
Forderungen, für welche ſie
aus der Sache abgeforderte
Verfriedigung in Anſpruch
nehmen, dem Konkursverwal-
ter bis zum 19. Mai 1914
Anzeige zu machen.
Radolfzell, 28. April 1914.
Gerichtſchreiber
Großh. Amtsgerichts.

R.817.2 Durlach. 1. Der
Bauer Hermann Beder in
Spielberg hat beantragt, die
verſchollene Bierbrauer Chri-
ſtian Lindenmann Chefrau
Magdalena geb. Beder, ge-
boren zu Spielberg am 15.
Juni 1863, zuletzt wohnhaft
in Morland-Graham, 2. der
Landwirt Jakob Beder in
Spielberg hat beantragt, den
verſchollene Bierbrauer
Chriſtian Lindenmann, ge-
boren zu Singen am 10. März
1856, zuletzt wohnhaft in
Morland-Graham, für tot zu
erklären. Die bezeichne-
ten Verſchollenen werden aufge-
fordert, ſich ſpäteſtens in dem
auf Freitag den 15. Januar
1915, vormittags 9 Uhr, vor
dem unterzeichneten Gericht
— Zimmer 25 — anberaum-
ten Aufgebotstermine zu mel-
den, widrigenfalls die Todes-
erklärung erfolgen wird. In
alle, welche Auskunft über
Leben oder Tod der Verſchol-

lenen zu erteilen vermögen,
ergeht die Aufforderung, ſpä-
teſtens im Aufgebotstermine
dem Gericht Anzeige zu ma-
chen.
Durlach, 24. April 1914.
Der Gerichtſchreiber Großh.
Amtsgerichts.